

## Zur Funktion des Marxismus-Leninismus

1. Zur Fragestellung
2. Der Marxismus-Leninismus als Ideologie
  - 2.1. Die Funktion der Ideologie
  3. Merkmale einer Ideologie am Marxismus-Leninismus
  4. Charakteristische Merkmale der marxistisch-leninistischen Ideologie unter besonderer Berücksichtigung der DDR
    - 4.1. Die „führende Rolle“ der Partei und die Bedeutung des Klassenkampfes
    - 4.2. Die Betonung überindividueller Institutionen und Organisationen
    - 4.3. Das externalistische Menschenbild
    - 4.4. Der „subjektive Faktor“ und die Bedeutung ideologischer Auseinandersetzungen
    - 4.5. Die Neigung zur Harmonisierung und die theoretische Konzeptionslosigkeit der SED-Führung
    - 4.6. Die ideologische Berufung auf die Sowjetunion und die KPdSU
  5. Verschiedene Phasen der Verwendung des Marxismus-Leninismus in der SBZ/DDR
    - 5.1. Die Nachkriegsjahre und die „antifaschistisch-demokratische Ordnung“
    - 5.2. Verstärkte Verbreitung des Marxismus-Leninismus ab 1951
    - 5.3. Der XX. Parteitag der KPdSU und die vermiedene Entstalinisierung, die Entwicklung bis zum V. Parteitag 1958
    - 5.4. Der Mauerbau 1961 und vorübergehende Versuche wirtschaftlicher und sozialer Reformen
    - 5.5. Das ideologisch bedeutsame Jahr 1968: Einmarsch in die CSSR, 3. Hochschulreform, neue Verfassung
    - 5.6. Ablösung Ulbrichts, Konflikte mit Künstlern Mitte der siebziger Jahre
    - 5.7. Die ideologische Hilflosigkeit der SED in den achtziger Jahren

Literatur

Zusammenfassung

### 1. Zur Fragestellung

Bei der Untersuchung der Funktion des Marxismus-Leninismus in den sog. sozialistischen Ländern ist es möglich, von zwei verschiedenen theoretischen Annahmen auszugehen. Um diese deutlich darzustellen, sind hier diese theo-

retischen Auffassungen als einander entgegengesetzte Ansichten formuliert (s. Weber 1993).

A) Der Marxismus-Leninismus ist eine Theorie mit dem Anspruch, allgemeingültige Grundzüge der gesellschaftlichen Entwicklung nachzuweisen. Danach erscheint die Existenz des sozialistischen Gesellschaftssystems als Konsequenz der Umsetzung des Marxismus-Leninismus auf die jeweils konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse. Die gesellschaftliche Praxis in den „sozialistischen Ländern“ ist somit das Ergebnis der Anwendung des Marxismus-Leninismus. Diese Meinung vertreten sowohl Marxisten-Leninisten selbst als auch ein Teil der Gegner des Marxismus. Dabei spielt es bei unserer Betrachtung zunächst keine Rolle, ob die Vertreter der eben genannten theoretischen Annahme zum Verhältnis von Marxismus und gesellschaftlicher Praxis der Auffassung sind, die Theorie sei fehlerlos und unverzerrt auf die soziale Wirklichkeit angewendet worden oder nicht. Zumindest Marxisten, die die politischen Verhältnisse in den Ländern des realen Sozialismus kritisierten, sahen in der Umsetzung des Marxismus-Leninismus auf die konkreten Umstände Fehler und Entstellungen der marxistischen Theorie.

B) Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich in den Ländern des „sozialistischen Weltsystems“ herausbildeten, sind nicht schlechthin das Produkt einer „wissenschaftlichen“ Theorie oder Ideologie, sondern Ergebnisse eines Ensembles von Bedingungen, politischer Umwälzungen, z. B. als Folge von Revolutionen oder Weltkriegen. Der Marxismus-Leninismus diente nach der Machteroberung der kommunistischen Partei bzw. bestimmter Gruppierungen in ihr als ideologisches Legitimierungsinstrument zur Verschleierung und Rechtfertigung der Diktatur, nicht aber als theoretische Anleitung zu planvollem Handeln. Nach dieser Auffassung sind die historischen Abläufe viel zu komplex, um aufgrund einer bestimmten Theorie vorhergesagt und gestaltet zu werden.

Wir vertreten hier die an zweiter Stelle genannte Auffassung.

Die Antwort auf die Frage, ob die gesellschaftliche Praxis vom Marxismus-Leninismus gestaltet worden ist, ist nicht nur von historischem Interesse. Sie kann uns auch Aufschluß darüber geben, ob diese Ideologie (oder eine andere) für künftige gesellschaftliche Entwicklungen als Gestaltungsinstrument in Frage kommt oder nicht. Wir beschränken uns auf die Funktion, die der Marxismus-Leninismus für die SED in der DDR hatte. Wir behandeln nicht Marx, sondern den Marxismus-Leninismus, wie er von der SED sowohl produziert als auch benutzt wurde. Es geht nicht um eine Darstellung der Inhalte Marxschen Denkens und eine Würdigung seiner Leistungen bzw. Kritik seiner Fehler.

## 2. *Der Marxismus-Leninismus als Ideologie*

Der Marxismus-Leninismus sieht sich anderen weltanschaulichen Entwürfen gegenüber als überlegen an. Diesen Anspruch leitet er vom „gesetzmäßigen Verlauf der Geschichte“ ab, den er nicht nur erkannt zu haben glaubt, sondern an dem er als theoretisches Instrument des gesellschaftlichen Fortschritts (in Gestalt der revolutionären Arbeiterklasse) auch mitwirken will. Die Arbeiterklasse soll die Weltrevolution in Gang setzen und unter Führung der kommunistischen Partei vollenden. Die kommunistische Partei ist der bewußte Teil der Arbeiterklasse. Sie soll durch die systematische Anwendung und Nutzung ihres ideologischen Instruments, des Marxismus-Leninismus, in die Lage versetzt werden, der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr blind ausgeliefert zu sein, sondern sie bewußt zu lenken. In diesem Sinne ist also der Marxismus-Leninismus seinem Selbstverständnis nach keine gewöhnliche Theorie oder Weltanschauung, sondern eine mit revolutionärem und Befreiungsanspruch.

Nach Meinung von Popper (1965) erlauben die marxistischen Aussagen über den Verlauf der Geschichte keine Vorhersagen zur Zukunft. Er bezeichnet die Vermutungen von Marx über die künftige gesellschaftliche Entwicklung als Prophezeiungen, also im Grunde als unwissenschaftliche Spekulationen. Aus der Sicht von Popper gibt es keine Theorie oder Weltanschauung, mit der sich der zukünftige Ablauf der Geschichte genauer vorherbestimmen ließe.

Zum Ablauf und Ausgang der Geschichte, wie Marx sie definierte, gibt es auch andere Auffassungen als die eben erwähnte von Popper. Fetscher (1972) sieht bei Marx den Ausgang der Geschichte durchaus als offen an, da nach dessen Vorstellung der revolutionäre Kampf des Proletariats aus verschiedenen Gründen auch erfolglos verlaufen und damit die Menschheit auf die Stufe der Barbarei zurückfallen könne.

In den marxistisch-leninistischen Zukunftsvisionen über die kommunistische Gesellschaftsordnung (um die es hier geht) kommt ein Harmoniebedürfnis zum Ausdruck, dessen Befriedigung um so leichter fällt, als diese Phase der gesellschaftlichen Entwicklung in weite zeitliche Entfernung projiziert wird. Alle Entbehrungen und Widrigkeiten (während des revolutionären Kampfes z. B., aber auch nach der Revolution in der Sowjetunion sowie beim „sozialistischen Aufbau“ in den östlichen Ländern Europas und Asiens), die ausstehen waren, aber auch Brutalitäten und schreiende Ungerechtigkeiten konnten und können demnach vom zu erreichenden heroischen Endziel her gerechtfertigt werden.

Natürlich ist das Ziel, die gesellschaftlichen Verhältnisse menschlich gestalten und eine Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung erreichen zu wollen, ein unterstützenswertes humanistisches Anliegen. Es ist fraglich, ob dieses Ziel mit Hilfe von theoretischen Entwürfen, die in Wirklichkeit ideologischer

Natur sind, erreicht werden kann. Das Charakteristische an Ideologien gegenüber wissenschaftlichen Theorien ist ihr Anspruch, die Wahrheit im Prinzip bereits gefunden zu haben und ihre daraus resultierende mangelnde Bereitschaft, die theoretischen Ansichten an der Wirklichkeit zu messen und zu revidieren. Dieses Merkmal hat der Marxismus-Leninismus allerdings mit anderen Ideologien gemeinsam. Eagleton (1993) meint, typisch für Ideologien seien nicht vorgefaßte Meinungen, sondern daß man auf diesen Meinungen beharrt (S. 10).

### 2.1. *Die Funktion der Ideologie*

Die Ideologie sollte die SED befähigen, politisch verbindliche Verhaltensnormen zu setzen, die Integration und Geschlossenheit der Führungsschicht zu erreichen sowie das soziale und politische Handeln mobilisierend anzuleiten, gerade auch durch „handlungsbestimmende Grundüberzeugungen.“ Vor allem aber hatte die Ideologie die bestehenden Machtverhältnisse zu rechtfertigen und gleichzeitig zu verschleiern. Der Marxismus-Leninismus war das Instrument, mit dem die Führung ihre Allmacht zu legitimieren beabsichtigte.

Zur Rolle der Ideologie im System der kommunistischen Parteidiktatur lassen sich daher folgende Überlegungen treffen:

Es handelte sich um eine Verschleierungsideologie. Eine „marxistische“ Terminologie und die sogenannte „Theorie des Marxismus-Leninismus“ sollten die wirklichen Verhältnisse verdecken (Definition der Parteiherrschaft als Sozialismus, der Partei als „Arbeiterpartei“ usw.).

Die Bestandteile und Inhalte der Ideologie, d. h. was und wie der „Marxismus-Leninismus“ doktrinär gelehrt und verändert wurde, entschied allein die oberste Parteispitze. Kriterium war, daß sie der gerade praktizierten Politik der Führung entsprach, sie rechtfertigte. Die jeweilige politische Linie war an den Vorgaben der Führung orientiert, ihre Augenblicksinteressen bestimmten also das Wesen der Ideologie.

Nach außen hatte die Ideologie die Politik zu „begründen“. Dabei sollte der Anschein erweckt werden, als lasse sich die stalinistische Politik von einer „wissenschaftlichen“ Theorie leiten. Hier liegen die Wurzeln für den weit verbreiteten Trugschluß, die Kommunisten hätten sich nur nach der Theorie gerichtet. Die Scholastik, der Begriffsdogmatismus, der Zitatentstreit verstärkten diesen Eindruck ebenso wie die Tatsache, daß die Ideologie, einmal vorhanden, ihrerseits die Beschlüsse der kommunistischen Politiker mitbestimmte: die Wirklichkeit wurde durch ein ideologisches Schwarz-Weiß-Klischee verzerrt.

Die Vorspiegelung, die SED handele stets nach der Ideologie des Marxismus-Leninismus, nach der, wie sie immer wieder betonte, einzig richtigen Theorie, schuf bei den Anhängern die Fiktion, daß die Führung nicht irren

konnte, immer recht hatte. Da sie die „wissenschaftliche“ Theorie anwandte, praktizierte sie auch die „richtige“ Politik.

Die dem ursprünglichen Marxismus innewohnende Fortschritts- und Zukunftsutopie wurde besonders herausgestrichen, ja überbetont. Damit behauptete die Partei, nur wer sie unterstütze, verschließe sich nicht der „historischen Notwendigkeit“, die sich mit „gesetzmäßiger“ Gewißheit durchsetze. Zugleich wurde ein ständiger Aufstieg, eine bessere Zukunft „wissenschaftlich“ prognostiziert, wobei angeblich allein die nach der „richtigen Theorie“ handelnde Partei die Gesellschaft zu diesem Ziel führen konnte.

Die Geschlossenheit des ideologischen Systems, Unkenntnis (weil Verbot) jeder anderen außer der herrschenden Ideologie sowie die Überzeugungskraft der in ihr formal enthaltenen marxistischen Thesen, machten die Ideologie zu einer Stütze des Regimes. Durch Indoktrination gelang es der Führung zeitweise, breitere Teile für das stalinistische System zu gewinnen. Somit hatte die Ideologie nicht nur den Widerspruch zwischen Praxis und scheinbar verbindlicher marxistischer Theorie zu verhüllen, sondern war auch Herrschaftsmechanismus der Diktatur. Doch zunehmend verlor der Marxismus-Leninismus als Ideologie seine Bedeutung, blieb oft nur noch Ritual, die Indoktrination zeigte kaum noch Wirkung.

### 3. *Merkmale einer Ideologie am Marxismus-Leninismus*

Der Marxismus-Leninismus versteht sich als eine geschlossene Weltanschauung. Im Lehrbuch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ (1960) heißt es z. B. dazu: „Durch das erfolgreiche Studium des Marxismus-Leninismus gelangt man, kurz gesagt, zu einer in sich geschlossenen Weltanschauung – zur fortschrittlichsten Weltanschauung der Gegenwart. Diese Weltanschauung vereinigt in einem einheitlichen, harmonischen System von Anschauungen die wichtigsten Bestandteile der großen Lehre von Marx und Lenin.“ (S. 7)

Eine in sich geschlossene Weltanschauung wirkt sinnstiftend und motivierend für gesellschaftliches und politisches Handeln. Im Prinzip lassen sich für alle vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Ereignisse Erklärungen finden, die in das ideologische Bezugssystem passen. Dadurch wird psychologische Sicherheit suggeriert. Hinzu kommt die Erfahrung, mit dem erworbenen weltanschaulichen Hintergrund nicht allein zu sein.

Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe mit gleichem ideologischem Werte- und Normensystem (Partei, marxistisch-leninistische Zirkel) erhöht den sozialpsychologischen Stabilisierungseffekt und die erlebte Orientierungssicherheit. Durch die Gruppenzugehörigkeit ist die Möglichkeit gegeben, sich mit einem sozial stärkeren Umfeld zu identifizieren.

Eine Weltanschauung macht Aussagen über Letztheiten und absolute Werte,

die in Frage zu stellen kaum jemandem einfallen würde („Gerechtigkeit“, „Frieden“, „Beseitigung von Unterdrückung und Ausbeutung“, „Freiheit“, „Solidarität“). Da deren Inhalte aber meist abstrakt sind, ist ihre mißbräuchliche sprachliche Verwendung leicht möglich. Jede Verkündung absoluter Werte dient den Herrschenden oder Parteiführern zur Legitimierung von normativ formulierten Handlungsanforderungen.

Ideologische Systeme sind so konstruiert, daß sie in sich stimmig und ihre Aussagen als absolut gültig erscheinen. Eine Weltanschauung verliert ihre motivierende und handlungsleitende Kraft, wenn sie Zweifel an ihrer Richtigkeit zuläßt. Um offensichtliche Widersprüche zwischen den weltanschaulichen Aussagen des Systems und eigenen Erfahrungen und Erlebnissen oder präsentierten Fakten kognitiv und emotional bewältigen zu können, konstruieren alle weltanschaulichen Systeme feindliche, bösartige oder zumindest uneinsichtige Kräfte (der Klassenfeind, der Teufel, bestimmte Rassen). Mit diesen Konstruktionen, mit denen die Ideologie ein Feindbild schafft, das auf Personen, gesellschaftliche Gruppen und Nationen gerichtet ist, kann die Verantwortung für alle Fehler, tatsächliche Widersprüche und mißliebige Erfahrungen ohne größere Anstrengung dem „Feind“ zugeschoben werden.

Weltanschauungen spielen also eine identitätsstiftende, sozial und emotional stabilisierende, zur kognitiven Bewältigung des Alltags beitragende Rolle. Im historischen Kontext sind sie Ursprung und Hintergrund mannigfacher kultureller Leistungen. Aber sie bergen zugleich die Gefahr der Intoleranz und der Ausgrenzung von Gruppen mit anderen Orientierungsmustern in sich. Dies trifft auch zu für solche Ideengebilde, die Toleranz und Nächstenliebe ausdrücklich zum Programm erhoben haben.

Das Problematische am Marxismus-Leninismus ist in unserem Zusammenhang sein Anspruch, eine Wissenschaft zu sein, also ein ideelles Gebilde, das in Konfrontation mit der Realität und mit rationalen Argumenten veränderbar ist (s. auch Meuschel 1992). Behauptungen wie „der Marxismus-Leninismus als die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse“ zeigen aber, daß sich hier Anspruch und Realität widersprechen. Eine Weltanschauung ist keine Wissenschaft. Eine Wissenschaft kann als solche auch nicht im Dienste einer bestimmten gesellschaftlichen Klasse oder Gruppierung stehen.

Der Marxismus-Leninismus wurde im Verständnis der SED-Führung nach dem Vorbild der KPdSU als eine Lehre propagiert, die drei Quellen und Bestandteile habe, eine philosophische, den Materialismus (unterschieden in dialektischen und historischen Materialismus), eine ökonomische, die Politische Ökonomie (des Kapitalismus und des Sozialismus) und die theoretische Grundlage der Partei- und Staatspolitik, der wissenschaftliche Sozialismus bzw. Kommunismus. Kernthese der Ideologie war das Dogma „Die Partei hat immer recht.“ Dies sollten die Teilbereiche der Ideologie „beweisen“.

Unter **dialektischem Materialismus** verstanden die Vertreter des Marxismus-Leninismus die Lehre von den allgemeinen Entwicklungsgesetzen der Natur, der Gesellschaft und des Denkens. Sie sollte eine philosophische Deutung der Welt auf materialistischer Basis (Beantwortung der „Grundfrage der Philosophie“ im Sinne des Primats der Materie, Bewußtsein als etwas Abgeleitetes) liefern. Die Dialektik sollte die allgemeinsten Entwicklungsgesetze unter Berücksichtigung des Widerspruchscharakters der Erscheinungen erkennen helfen.

Der **historische Materialismus**, der auf dem dialektischen Materialismus gründet, untersucht die allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetze der Gesellschaft und wurde als die wissenschaftliche Geschichtsauffassung des Marxismus-Leninismus bezeichnet. Dabei wurden als Triebkräfte der Gesellschaft die Klassenkämpfe gesehen, die wiederum aus der Produktion und der auf ihr aufbauenden Gliederung der Gesellschaft abgeleitet wurden. Dieses Geschichtsbild wurde aber in der Praxis den jeweiligen Erfordernissen der Politik untergeordnet.

Entsprechend der grundsätzlichen Rolle, die die ökonomische Struktur nach Auffassung des Marxismus-Leninismus für die Entwicklung jeder Gesellschaft spielt (die sog. Produktionsverhältnisse), wurde die **Politische Ökonomie** als wichtige Teildisziplin angesehen. Sie sollte die Entwicklungsgesetze der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung der materiellen Güter auf den verschiedenen Entwicklungsstufen der menschlichen Gesellschaft erforschen.

Der „**wissenschaftliche Sozialismus**“ (oder „wissenschaftliche Kommunismus“) schließlich sollte den Marxismus-Leninismus auf die jeweils konkreten gesellschaftlichen Bedingungen anwenden und auf diese Weise die theoretische Grundlage für die Politik der Partei liefern. Die im „wissenschaftlichen Sozialismus“ bzw. „Kommunismus“ von der Partei propagierten Richtlinien waren im Hinblick auf ihren angeblich wissenschaftlichen Gehalt besonders schwer zu fassen und änderten sich, wenn sich die Parteilinie veränderte.

#### 4. *Charakteristische Merkmale der marxistisch-leninistischen Ideologie unter besonderer Berücksichtigung der DDR*

##### 4.1. *Die „führende Rolle“ der Partei und die Bedeutung des Klassenkampfes*

Die Führung durch die (kommunistische) Partei ist ein entscheidendes Merkmal des Marxismus-Leninismus und in der gesellschaftspolitischen Praxis der SED. Ihre führende Rolle wurde von der SED als so wichtig angesehen, daß dieser formulierte Anspruch schließlich in staatlichen Dokumenten und auch denen der Massenorganisationen auftauchte. Er ist z. B. im Artikel 1 der Verfassung der DDR von 1968 ausdrücklich festgeschrieben.

Die Führung der gesamten Gesellschaft durch die SED war ein Ziel der Kommunisten, das sie in die Tat umgesetzt haben. Ideologisch drückt sich darin ihre Auffassung vom Primat der Politik in der Gesellschaft aus. Der Erringung und Sicherung der politischen Macht wurde alles andere untergeordnet.

„Führende Rolle der Partei“, das bedeutete bei dem zentralistischen, stark hierarchisierten Leitungsstil der SED („demokratischer Zentralismus“) die Ausschaltung aller anderen gesellschaftlichen Kräfte bzw. ihre Herabstufung bis zur völligen Abhängigkeit, das bedeutete aber auch die Dominanz der Parteispitze und des ihr hörigen Parteiapparates gegenüber der gesamten Partei. Die SED verwirklichte ihre „führende Rolle“ mit Hilfe der Kaderpolitik, eines Informationsmonopols, damit der Beherrschung sämtlicher Informationsflüsse (auch in Wissenschaft und Kunst) sowie der Durchsetzung ihres weltanschaulichen Führungsanspruchs durch Indoktrinierung mit der marxistisch-leninistischen Ideologie in allen Einrichtungen (Erziehungsinstitutionen, Schulen, Massenmedien).

Wie für alle ihre grundlegenden Zielsetzungen und Ansprüche hatte die SED auch Rechtfertigungsgründe parat, weshalb ihr unbedingt die führende Rolle zustehen müsse. Die Notwendigkeit dazu leitete sie aus ihrer angeblich revolutionären Rolle ab. Danach galt die Partei als der bewußte und am besten organisierte Teil der Arbeiterklasse, als ihre Avantgarde. Weil die Spitze der Partei marxistisch-leninistisch geschult, kampferprobt und von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats erfüllt sei, komme ihr die Führungsrolle zu. Auch eine ethische Rechtfertigung für diesen Führungsanspruch wurde gefunden, nämlich das große Ziel der Befreiung der gesamten Menschheit, was nur über die vorübergehende Diktatur des Proletariats unter Führung der kommunistischen Partei erreicht werden könne.

In der SED hatte der „Klassenkampf“ vor allem eine ideologisch dirigierende und rechtfertigende Bedeutung im Prozeß der Machterringung und des Machterhalts. Immer dann sind Ausführungen über den „gesetzmäßig sich verschärfenden Klassenkampf“ zu finden, wenn es der SED-Führung darum ging, bestimmte gesellschaftliche Kräfte und Schichten ihrer materiellen Bedingungen oder ihres gesellschaftlichen Einflusses zu berauben oder „Abweichler“ auszuschalten.

Der ideologische Klassenkampf gewann für die SED an Bedeutung, nachdem sie die „bürgerlichen Kräfte“ ökonomisch entmachtete hatte. Im eigenen Land gab es nun offiziell keine antagonistischen Klassengegensätze mehr, wohl aber den Einfluß der „bürgerlichen Ideologie“. Darunter konnte alles verstanden werden, was der momentan herrschenden theoretischen Linie der Partei zu widersprechen schien. Der „ideologische Klassenkampf“ war immer zu verschärfen. Die Neigung dazu bestand nicht nur dann, wenn der weltanschauliche Führungsanspruch gefährdet schien, sondern bei jeder philosophischen, wis-



senschaftlichen oder künstlerischen These, die hätte „abweichend“ sein oder werden können. Die Ausschaltung anderer Auffassungen war allerdings nicht nur eine Frage ideologischer Auseinandersetzungen, sondern wurde auch mit juristischen und administrativen Maßnahmen durchgesetzt.

Der ideologische Klassenkampf wurde unter dem Zeichen der „Parteilichkeit“ geführt. Wissenschaft und Kunst, Rechtswesen und solche Bereiche wie die Pädagogik wurden danach bewertet, ob und wie weit sie diese Forderung erfüllten. „Wertfreiheit“ galt als Attribut, das der „Klassengegner“ zur Verschleierung seiner Absichten als Bedingung wissenschaftlicher Forschung erhoben habe.

#### 4.2. *Die Betonung überindividueller Institutionen und Organisationen*

Nach Auffassung des Marxismus-Leninismus ist nicht das Individuum der Ort, wo die Ursprünge für Verantwortung und Zielsetzung im Handeln zu suchen sind, sondern Phänomene wie soziale Klassen („Klassenlage“, „Klassenbewußtsein“, „Klassenstandpunkt“), das Kollektiv oder auch das gesamtgesellschaftliche Ganze. Ethische Ansprüche wurden daraus abgeleitet, die dann auch die Verantwortung für die „Formung der Persönlichkeit“, für die „politisch-ideologische Erziehung“, für die „Heranbildung der Partei der Arbeiterklasse ergebener Kader“ usw. tragen sollten. Diese überindividuellen Formationen (wie Partei, Kollektiv, Klasse, Masse) waren angeblich Träger des gesellschaftlichen Fortschritts. Das Einklinken in diese Gruppierungen werde den „objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten“ durch eigenes Tun zum Erfolg verhelfen und die individuelle Handlungsmotivation stärken. Eventuell vorhandene Widersprüche zwischen individuellen Neigungen und den Vorgaben von Partei, Klasse oder Kollektiv wurden durch die Berufung auf die „gesellschaftlichen Interessen“, denen die persönlichen anzupassen seien, überspielt. Dazu müsse ein „hohes Maß an Bewußtheit“ entwickelt werden, m.a.W. es galt, die eigene Spontaneität zugunsten der abstrakten ideologischen Forderungen zu unterdrücken.

In dem Maße, in dem die Menschen diesen Anforderungen nachzukommen versuchten, delegierten sie ihre eigene Verantwortung für Entscheidungen an irgendwelche Kollektive. Diese wiederum waren nicht geneigt, bei negativen Konsequenzen offensichtlich falscher Entscheidungen die Verantwortung zu übernehmen. Sie schoben diese äußeren Einwirkungen dem „Klassenfeind“, „bürgerlichen Einflüssen“, z. B. als „Überreste der Vergangenheit“, zu. Das schloß die Suche nach Sündenböcken im eigenen Lager nicht aus. Sie wurden beschuldigt, nicht wachsam genug gewesen zu sein bzw. sich von bürgerlichen Tendenzen noch nicht gelöst zu haben.

Die starke Betonung gesellschaftlicher Interessen und ökonomischer Triebkräfte geht beim Marxismus-Leninismus Hand in Hand mit der Vernach-

lässigung psychologischer Handlungsvoraussetzungen. Psychische Vorgänge sind an das Individuum gebunden. Individuelle Besonderheiten wurden erst interessant, wenn es sich um Abweichungen handelte, insbesondere um negative Abweichungen. Gerade in solchen Fällen wurde versucht, die eigene Hilflosigkeit durch vorwurfsvolles Moralisieren, verbunden mit erzieherischen Appellen an diverse Kollektive (Arbeitsbrigade, Betrieb, Schule, Familie, aber auch „staatliche Organe“), zu überwinden.

#### 4.3. *Das externalistische Menschenbild*

Typisch für den Marxismus-Leninismus ist sein außenbestimmtes Menschenbild. Als entscheidend für die menschliche Entwicklung werden die gesellschaftlichen Verhältnisse angesehen. Über die Gestaltung der sozialen Lebensumstände seien die Beziehungen der Menschen regulierbar.

Die Ideologen des Marxismus-Leninismus entwarfen im Auftrag der SED-Führung ein Bild vom Menschen als sozial steuer- und formbares Wesen mit bedeutungsloser Spontaneität. Biologische Voraussetzungen des menschlichen Verhaltens wurden aufgrund der materialistischen Ausrichtung der Theorie ebenfalls anerkannt.

Die materiellen Grundlagen der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse seien vor allem ökonomischer Natur (Produktionsweisen), die des individuellen Verhaltens zum einen in den gesellschaftlichen Verhältnissen begründet, zum anderen in den biologischen Voraussetzungen.

Den biologischen menschlichen Verhaltensgrundlagen wurde im Grunde kein besonderes Gewicht beigemessen. Die Bedeutung, die ihnen bei der menschlichen Verhaltensdetermination zugebilligt wurde, variierte jedoch deutlich im Laufe der Zeit. In den frühen Jahrzehnten der Sowjetunion und in den ersten Jahren der DDR galten biologische Determinanten nicht nur menschlicher, sondern generell organismischer Veränderungen als bedeutungslos. Das Zentralnervensystem als biologische Grundlage des individuellen und Gattungsverhaltens war nach dieser Vorstellung so beschaffen, daß es die Eindrücke von außen in organismische Signale umwandelte und so die Außendetermination (den Erwerb bedingter Reflexe) ermöglichte. erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die Diskussionen um das Verhältnis von Erbe und Umwelt im Zuge der Durchsetzung der Lyssenkoschen „Lehre“ und an die Unterdrückung der Ethologie. „Umwelt“ war alles, Erbanlagen galten als Konstruktion reaktionärer Kräfte zur theoretischen Ableitung der Herrschaftsansprüche überlebter Klassen, speziell der Bourgeoisie. Die Theorie Pawlows zur höheren Nerventätigkeit wurde in dogmatischer Weise gleichzeitig ausgebeutet, ideologisch eingeengt und mißbraucht. Auf diese Weise war eine wissenschaftliche Entwicklung nicht möglich, nicht einmal auf der Grundlage der Pawlowschen Theorie, sondern nur dogmatischer Stillstand,

der sich verheerend vor allem in der Pädagogik auswirkte. Allerdings rückte man Mitte der sechziger Jahre von diesen extrem empiristischen Ansichten ab und bemühte sich um die Berücksichtigung individueller Besonderheiten, insbesondere bei der Förderung von Begabungen. An der Auffassung von der grundsätzlichen Erziehbarkeit und „Formbarkeit“ der Menschen (zu „sozialistischen Persönlichkeiten“) hielt die SED-Ideologie aber weiterhin fest.

#### 4.4. *Der „subjektive Faktor“ und die Bedeutung ideologischer Auseinandersetzungen*

Die subjektive Seite des menschlichen Erlebens und Verhaltens wird im Marxismus-Leninismus bei Vernachlässigung psychologischer Determinanten durch Rückgriff auf abstrakte ideelle Gebilde wie den „subjektiven Faktor“, „die Idee als materielle Gewalt“, das „Bewußtsein“ (als ideologischer Begriff) oder die „Bewußtheit“ berücksichtigt. Diese Konstrukte werden inhaltlich als ideologisch determiniert angesehen. Tatsächlich scheint sich der Marxismus-Leninismus für die subjektiv-psychologische Seite des Menschen nur im Zusammenhang mit der Ideologie zu interessieren. Diese wird immer dann bemüht, wenn Zielstellung der Partei und gesellschaftliche Realität in offensichtlichen Widerspruch zueinander geraten sind. Es folgen dann regelmäßig Appelle, der „bewußtseinsmäßigen Erziehung stärkere Aufmerksamkeit zu widmen“ und „die wachsende Bedeutung des subjektiven Faktors“ zu berücksichtigen.

Der „subjektive Faktor“ hatte für die SED eine ideologisch motivierende Bedeutung. So sollten durch besondere Anstrengungen eines im gleichen Sinne handelnden Kollektivs (unter Führung der Partei) Diskrepanzen zwischen Zielstellung (Wunsch) und Realität doch noch überwunden werden. Das Ziel war von der Parteispitze vorgegeben, wie unrealistisch es im einzelnen auch gewesen sein mag. Der Spielraum der anzuwendenden Mittel war begrenzt, nicht nur materiell, sondern ideell (die geforderte „Parteilichkeit“ durfte nie aufgegeben werden). Ziel und Ausgangslage bzw. Ziel und erlaubte bzw. zur Verfügung stehende Mittel widersprachen sich nicht selten. Zur Überwindung dieser Widersprüche mußte dann das „Bewußtsein“ der Gesellschaftsmitglieder erhalten. Diese bekamen von der Parteiführung über die Vermittlung der unteren Funktionäre und Parteigruppen gesagt (auch die parteilosen „Werkstätigen“), worauf es ankomme.

Spontaneität war etwas Verpöntes im realen Sozialismus. Die Parteiführung wollte jeden Prozeß durch „systematische Erziehung“, ständige ideologische Schulung und agitatorische Indoktrination in Gang setzen und steuern. Durch diese krampfhafteste Außensteuerung ohne Möglichkeiten, durch eigene Initiative außerhalb der vorgegebenen Zielstellung und Mittel etwas ausrichten zu können, wurde aber gerade das untergraben oder verhindert, was bewirkt

werden sollte. Schwung und Begeisterung wollten nicht aufkommen. Was letztlich übrigblieb, war gleichgeschaltetes auf äußere Demonstration der verlangten Aufgabenerfüllung gerichtetes vordergründiges Handeln („als-ob-Verhalten“) und vor allem Berichten im Sinne der verlangten Vorgaben. Dieses Getue nach außen, oder besser „nach oben“, beanspruchte auf die Dauer viel Kraft und Zeit, zumal ja die „eigentliche Arbeit“, also das, was im Alltag anfiel und gerade nicht die Aufmerksamkeit der Partei fesselte, getan werden mußte.

Auch von der Partei initiierte Gegenbewegungen traten auf, insbesondere dann, wenn die alten Schlagworte nicht lautlos verschwanden. Es gab dann die für die Kampagnen der SED charakteristischen Gegenausschläge des ideologischen „Pendels“. Kaum etwas in der „kontinuierlichen Politik der Parteiführung“ hatte in ideologischer Hinsicht Bestand, allenfalls noch die Forderung nach Parteilichkeit, was sie aber jeweils darunter verstand, konnte sich ändern.

Ideologische Zuverlässigkeit, ein für die Karriere notwendiges Merkmal, wurde danach bewertet, ob man die wechselnden Zielstellungen bereit war nicht nur mitzumachen, sondern auch nach „unten“, also gegenüber den einfachen Parteimitgliedern und der Bevölkerung, zu verfechten.

Besonders hoffnungslos war die Stimmung bei den Funktionären, die nicht auf vordergründige äußere Anpassung aus waren, sondern nach einer „inneren Erneuerung“ und realitätsgerechten Behandlung der Probleme strebten, sowie bei großen Teilen der Intelligenz immer dann, wenn nach einer Phase der ideologischen „Lockerheit“ und einer gewissen Entspannung im „ideologischen Kampf“ (wie etwa zwischen 1962 und 1964) eine neue Etappe der „Verschärfung des Klassenkampfes“ anbrach (wie 1965 mit dem berüchtigten 11. Plenum). Diese ideologischen Verengungen und Verschärfungen traten nicht von ungefähr ein, sondern ergaben sich aus politischen Geschehnissen sowie Analysen, die das Gefühl der Bedrohung bei der SED-Führung erzeugten (z. B. 1968 nach dem Einmarsch in die CSSR).

#### 4.5. *Die Neigung zur Harmonisierung und die theoretische Konzeptionslosigkeit der SED-Führung*

Zur „kognitiven Struktur“ der herrschenden Ideologie in der DDR gehört ihre Harmonisierungstendenz. Die Parteiführung legte größten Wert darauf, daß sich die für wesentlich erachteten ideologischen Inhalte im „kognitiven Gleichgewicht“ befanden, d. h. sich an der Oberfläche nicht widersprachen. Der Widerspruch zur Wirklichkeit war weniger wichtig.

Unerwünschte Erscheinungen der gesellschaftlichen Realität, insbesondere solche, die sich nicht ohne weiteres beseitigen oder vertuschen ließen (wie Kriminalität, wirtschaftliche Mißerfolge), wurden ursächlich nach außen pro-

jiziert. „Relikte der Vergangenheit“ bzw. „Einwirkungen des imperialistischen Klassengegners“ wurden für derlei mißliebige Vorgänge verantwortlich gemacht. Die SED scheute sich nicht vor der Prophezeiung, im Kommunismus, also in weiter Zukunft, würden derlei schädliche Vorkommnisse aus dem gesellschaftlichen Leben verschwinden.

Zu den Konstruktionen verordneter gesellschaftlicher Harmonie gehörte zweifellos Ulbrichts These von der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ Mitte der sechziger Jahre. Diese wurde allerdings zu Beginn der siebziger Jahre, nach Ulbrichts Machtverlust, wieder zurückgenommen.

Wurden Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit unübersehbar, behalf sich die marxistisch-leninistische Ideologie mit dem Rückgriff auf die „Dialektik“. Es ist erstaunlich, was alles an offensichtlich unvereinbaren Erscheinungen durch die Subsumierung unter den Begriff „dialektische Einheit“ ideologisch harmonisiert und dadurch neutralisiert werden sollte.

Mit solchen Handhabungen der marxistisch-leninistischen Ideologie wurde diese natürlich für konzeptionelle Anwendungen entwertet. Das Bestreben, die geistigen Strukturen gleichgewichtig, ausgewogen und harmonisch zu gestalten, auch auf Kosten logischer Widersprüche und Diskrepanzen zur gesellschaftlichen Wirklichkeit, war jedenfalls stärker als das Streben nach Erkenntnis und geistiger Bewältigung der Realität. Auf diese Weise wurde der von den Ideologen praktizierte Marxismus-Leninismus zum Selbstzweck und zunehmend zum Hindernis, gesellschaftliche und politische Probleme zu erkennen, geschweige denn, sie ernsthaft zu lösen zu versuchen.

Die von der gesellschaftlichen Realität ideologisch abgehobene harmonisierte Theorie ließ sich als Werkzeug der Parteiführung nach Bedarf modifizieren. Ideologische Brüche und für die Parteibasis unerwartete Schwenkungen traten immer wieder auf und waren Anlaß für die Funktionäre, die neueste Ausrichtung und Terminologie ja nicht zu verpassen. Politische und ideologische Zuverlässigkeit wurde danach bewertet, inwiefern die Kader bereit waren, die Vorgaben von gestern zu vergessen und möglichst schnell und vehement auf die neue Linie einzuschwenken. Ein hervorstechendes Merkmal praktizierter marxistisch-leninistischer Ideologie in der DDR war stets das Kampagnenwesen.

Interpretationsprivilegien und das Recht, ideologische und ökonomische Zielvorgaben zu formulieren, hatte allein die SED-Spitze. Nur aus der Parteiführung konnten also die politisch-ideologischen Analysen und Anleitungen kommen. Diese mußten dann möglichst schnell massenhaft umgesetzt werden (motivierende Funktion der Ideologie). Auf diese Weise entstanden die von der Bevölkerung oft mürrisch und mit sarkastischen Bemerkungen begleiteten ideologischen Kampagnen mit ihren jeweils typischen Schlagworten (wie „Überholen ohne Einzuholen“, „sozialistische Menschengemeinschaft“ oder „Sozialismus in den Farben der DDR“).

Allerdings traten auch im realen Sozialismus bedeutende politische Vorkommnisse unerwartet ein oder es wurden wichtige politische Maßnahmen (wie der Einmarsch in die CSSR 1968) zunächst geheim gehalten. In solchen Fällen waren dann die Funktionäre unterer und mittlerer Ebenen, Lehrer und andere politisch-ideologisch Verantwortliche für kurze Zeit irritiert, bis das zulässige Interpretationsmuster von oben nachgeliefert wurde. Es fehlt nicht an Zeugnissen politischer Hilflosigkeit oder von Bestrafungen eigenmächtiger Auslegungen.

#### 4.6. *Die ideologische Berufung auf die Sowjetunion und die KPdSU*

Die Abgrenzungspolitik gegenüber dem Westen, insbesondere der Bundesrepublik, und die zu verschiedenen Zeiten unsichere politische Situation in den östlichen „Bruderstaaten“ Polen, Ungarn und Tschechoslowakei brachte die DDR in die Gefahr politischer Isolation, vor allem in der Zeit, als sie noch nicht völkerrechtlich anerkannt war. Dies hat neben der Tatsache, daß die DDR ihre Entstehung der Sowjetunion und ihren Erhalt lange Zeit den sowjetischen Truppen verdankte (s. den 17. 6. 1953), zur starken ideologischen Identifikation der SED mit der Sowjetunion und der KPdSU geführt.

In den ersten Jahren der SBZ propagierten die deutschen Kommunisten aus taktischen Erwägungen den von Stalin vorgegebenen „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“. Bereits 1948 wurde die These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus offiziell revidiert, auch die Haltung gegenüber den nichtkommunistischen „demokratischen Kräften“ änderte sich. U.a. als Folge des Konflikts zwischen Stalin und Tito wurde das sowjetische Modell nun offen auf die SBZ übertragen, bis hin zum Stalin-Kult das sowjetische Vorbild übernommen.

Die Erziehung zur „Liebe zur Sowjetunion“ stand im Mittelpunkt sämtlicher Bildungseinrichtungen und Massenorganisationen (was letztere betrifft, natürlich besonders bei der DSF, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft). Vom Kindergarten über die Schule, Berufsbildungseinrichtungen bzw. Universitäten bis zu den Arbeitsbrigaden in den Betrieben und den Hausgemeinschaften war sie Richtschnur. Im „sozialistischen Wettbewerb“ im „Kampf um den Titel Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ (oder auch „Kollektiv der deutsch-sowjetischen Freundschaft“ oder „sozialistisches Studentenkollektiv“) übernahmen die „Werk tätigen“ bzw. die FDJler Verpflichtungen, um ihre Kenntnis der Sowjetunion zu verbessern. Sie sollten ihre „unverbrüchliche Freundschaft zur Sowjetunion vertiefen“ und erhebende, das Kollektiv festigende Veranstaltungen organisieren.

Sehr lästig wurden im allgemeinen die massiven Versuche empfunden, die „Sowjetwissenschaft“ als Maßstab parteilichen wissenschaftlichen Denkens und Handelns durchzusetzen, besonders in denjenigen Disziplinen, in denen

die Sowjetunion dem vielzitierten „Weltniveau“ klar hinterherhinkte, wie in der Soziologie, Ökonomie oder Psychiatrie. Ein typisches und besonders abschreckendes Beispiel für ideologische Indoktrination war die Forderung, bei Qualifikationsarbeiten an Universitäten von der neuesten Sowjetliteratur auszugehen und diese angemessen zu berücksichtigen, möglichst in Originalsprache.

Die oberflächliche prosowjetische Agitation der SED führte häufig dazu, daß kritische Beiträge sowjetischer Künstler und Wissenschaftler zur Entwicklung im eigenen Land bei der Bevölkerung der DDR lange Zeit nur in besonders interessierten Kreisen (Studenten, wissenschaftlicher „Mittelbau“, Künstler) bekannt wurden. Erst die lobende Erwähnung z. B. von kritischen sowjetischen Filmen in den West-Medien oder die Reglementierungsversuche der SED-Führung gegenüber sowjetischen Presseerzeugnissen und Filmen vor allem Ende der achtziger Jahre schuf massenhaftes Interesse an diesen kulturellen Werken.

## 5. *Verschiedene Phasen der Verwendung des Marxismus-Leninismus in der SBZ/DDR*

### 5.1. *Die Nachkriegsjahre und die „antifaschistisch-demokratische Ordnung“*

In den ersten Jahren der SBZ spielte der Marxismus-Leninismus noch keine dominierende Rolle, sondern wurde lediglich als eine fortschrittliche Weltanschauung „angeboten“. Im Vordergrund stand nach 1945 zunächst die antifaschistische Orientierung. Die Formulierung von der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ schloß prinzipiell alle weltanschaulichen Richtungen ein, die dem Faschismus den Kampf angesagt hatten, berücksichtigte zunächst auch den „bürgerlichen Humanismus“. Der Marxismus-Leninismus war noch nicht verbindliche Weltanschauung. Wie jedoch Kapferer (1990) betont, gab es in philosophischer und weltanschaulicher Hinsicht kein „antifaschistisch-demokratisches Bündnis“, sondern allenfalls ein geduldetes Nebeneinander verschiedener Richtungen.

Erst ab etwa 1947/48 änderte sich die Situation auch im ideologischen Bereich und es kam zu einer Verschärfung bei der sog. Klassenauseinandersetzung. Nun gab es die ersten „ideologischen Auseinandersetzungen“, die durch die SED initiiert wurden, aber administrative Eingriffe ins Universitätsleben durch die SMAD bedeuteten (s. Kapferer 1990). „Bürgerliche Wissenschaftler“ wurden aus der geistigen Öffentlichkeit verdrängt und durch „der Arbeiterklasse ergebene Kader“ ersetzt. Jene Professoren und Intellektuellen, die sich anpassten, klassifizierte man wohlwollend als „bürgerlich-demokratisch“. So kam es

damals zu der heute als absurd anmutenden Unterscheidung in „bürgerliche“ und „bürgerlich-demokratische“ Wissenschaftler und Künstler.

Ab 1948 verfocht die SED offen eine stalinistische Linie. Sie wurde umgewandelt in eine „Partei neuen Typus“, ihr Machtanspruch wurde offen sichtbar. Der „demokratische Zentralismus“ als Leitungsprinzip wurde durchgesetzt, d. h. eine streng hierarchische autoritäre Leitungsstruktur innerhalb der Partei geschaffen, die aufgrund der zunehmenden Durchdringung von Partei und Staat für die gesamte Verwaltung galt. Gleichzeitig verschärfte sich die ideologische Auseinandersetzung mit dem Westen sowie mit den „bürgerlichen und reaktionären Kräften“ im eigenen Teil Deutschlands.

Die „führende Rolle der Partei“ wurde mit Hilfe der SMAD systematisch in Staat und Gesellschaft durchgesetzt. Dies bedeutete auf ideologischem Gebiet die Propagierung des Stalinismus und die pseudoreligiöse Verherrlichung der Person Stalins, die deutliche Anlehnung an die Sowjetunion auch in der Agitation (die Losung „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ wurde damals erstmals propagiert) sowie vermehrte Schulungen der „Kader“. Und schließlich folgten auch Parteiausschlüsse mit ideologischen Begründungen, insbesondere anlässlich der Parteiüberprüfungen 1951.

Da außer der SED keine andere meinungsbildende gesellschaftliche Kraft zugelassen wurde, gab es keine unterschiedlichen Auffassungen zur gesellschaftlichen Entwicklung, denn Meinungsvielfalt und Diskussion wurden nicht erlaubt. Es herrschte eine einheitliche Meinung, nämlich die der Parteiführung.

In dieser Zeit des offenen Stalinismus hatte die Ideologie eine disziplinierende und ausgrenzende Funktion. Die gesellschaftlichen Spannungen wurden dadurch verschärft, ihre Äußerung und Lösung gleichzeitig unterdrückt. Das Feindbild wurde aufgebaut. In erster Linie waren es die amerikanischen „Kriegstreiber“ und die westdeutsche Bourgeoisie sowie die bundesrepublikanische Regierung, die als Zielscheibe aggressiver Propaganda dienten. Die Bundesrepublik wurde als Staat der alten Nazis bezeichnet, dem die antifaschistische DDR, „der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat“ entgegengestellt wurde. Alle Schwierigkeiten im Lande, wirtschaftlicher oder politischer Natur, wurden auf die „reaktionären Kräfte des Monopolkapitals im Westen“ zurückgeführt, selbst Mißernten und Ungezieferplagen.

## 5.2. *Verstärkte Verbreitung des Marxismus-Leninismus ab 1951*

1952 wurde die „ideologische Offensive“ intensiviert, der Marxismus-Leninismus wurde zum Pflichtfach an den Universitäten. Die Auseinandersetzungen richteten sich nicht mehr allein gegen „bürgerliche“ und „idealistische“ Positionen im Westen, entsprechende Vorwürfe wurden jetzt gegen Vertreter in den eigenen Reihen erhoben, insbesondere bei den Philosophen. Der erste



Philosoph aus den Reihen der SED, der Opfer einer ideologischen Kampagne wurde, war Leo Kofler, der 1947 als Professor berufen, 1950 Vorlesungsverbot erhielt und danach in die Bundesrepublik flüchtete (s. Kapferer 1990, S. 60). Erste kritische Äußerungen zu Lukacs und Bloch wurden laut. Beide Autoren waren aber damals noch loyal gegenüber dem Marxismus-Leninismus und den Regimes bzw. kommunistischen Parteien ihrer Länder. Das gleiche traf für Robert Havemann zu.

Nach Stalins Tod im März 1953 hielt Ulbricht am bisherigen „Führer der fortschrittlichen Menschheit“ aus den Reihen der „Klassiker des Marxismus-Leninismus“ fest. 1952 verkündete die SED auf ihrer 2. Parteikonferenz den „Aufbau des Sozialismus“. Diese Aufgabenstellung war mit einer „Verschärfung des ideologischen Klassenkampfes“ verbunden. Die Verschärfung hat zum Versuch einer Befreiung, dem Aufstand vom 17. 6. 1953, beigetragen. Nach der Niederschlagung dieses Aufstandes durch sowjetische Panzer wurden in der Ideologie keine Konsequenzen gezogen, vielmehr wurde die Ausgrenzungspolitik gegenüber Funktionären, die man abweichender Positionen bezichtigte, fortgesetzt.

Die atheistische Propaganda wurde verstärkt und der ideologische Kampf gegen die Kirche fortgeführt. 1954 wurde die Jugendweihe als staatliche Alternative zur Konfirmation eingeführt und systematisch propagiert.

### 5.3. *Der XX. Parteitag der KPdSU und die vermiedene Entstalinisierung, die Entwicklung bis zum V. Parteitag 1958*

Erst durch den XX. Parteitag der KPdSU 1956 und die in der Sowjetunion in den folgenden Jahren einsetzende „Entstalinisierung“ bahnte sich auch in der DDR eine ideologische „Lockerung“ an. Auch für Ulbricht war nun Stalin kein „Klassiker des Marxismus-Leninismus“ mehr. Eine „Fehlerdiskussion“ wurde jedoch von der SED-Führung abgelehnt, da es in der DDR angeblich keinen Personenkult gegeben habe.

Besonders in der Intelligenz – im Unterschied zum 17. 6. 1953, als die Arbeiterschaft dominierte – drängte man auf Änderung der Leitungsmethoden, versuchte die Diskussion alternativer Positionen zur Parteiführung und übte Kritik an der Einmischung der SED in alle Fragen des gesellschaftlichen Lebens, vor allem in der Wirtschaft und der Wissenschaft. In der Regel gingen die Kritiker und Opponenten von marxistischen Positionen aus und betonten die Notwendigkeit der Weiterentwicklung philosophischer und wissenschaftlicher Theorien. Hier zeigte sich eine „Oppositionsfunktion“ des Marxismus. Verschiedene Intellektuelle beriefen sich auf Marx, um auf diese Weise oppositionelle Gedanken und Meinungen vorzubringen und zu begründen. Die Kritiker wurden des „Revisionismus“ bezichtigt, die versuchte Anpassung und Weiterentwicklung des Marxismus an die neuen Bedingungen

alsbald als eine dem „Klassengegner“ dienende und ihm Tür und Tor öffnende ideologische Variante „entlarvt“, die es mit allen Mitteln zu bekämpfen gelte.

Zu den bekanntesten Kritikern und Autoren für neue Meinungen in dieser Zeit gehörten Schriftsteller (Erich Loest, 1957 verhaftet und zu Zuchthaus verurteilt), Philosophen (Ernst Bloch, der Ende der fünfziger Jahre Lehrverbot erhielt), Wissenschaftler (z. B. der Germanist Hans Mayer, ebenfalls zu Beginn der sechziger Jahre so verfehmt, daß er in den Westen ging; auch Robert Havemann). Auch Studenten wurden in die „ideologischen Auseinandersetzungen“ hineingezogen, im schlimmsten Fall exmatrikuliert oder auch zum Fachrichtungswechsel gezwungen.

Wie gefährlich der Versuch der Entstalinisierung in der Sowjetunion durch Chruschtschow von Ulbricht und der übrigen SED-Führung angesehen wurde, zeigt der Umgang mit denjenigen Philosophen und Wissenschaftlern, die sich 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU und den Ungarn-Ereignissen vom Stalinismus zu lösen und sogar Gegenpositionen zu formulieren versuchten. Havemann entwickelte sich als einer der ersten zum Anti-Stalinisten und wurde als „Positivist“ etikettiert. Entlassen wurde er jedoch erst Anfang der sechziger Jahre, als er mit seinen Vorlesungen zu philosophischen Problemen der Naturwissenschaft an der Humboldt-Universität bei den Studenten großen Anklang fand und nicht bereit war, „Selbstkritik“ zu üben, sondern sogar seine Gedanken im Westen veröffentlichte.

Ende 1956 wurden Wolfgang Harich sowie Walter Janka aus politischen Gründen verhaftet, die ideologische Kampagne gegen Bloch begann. Dieser wurde 1957 zwangsermeritiert. Studenten und Assistenten, die nicht bereit waren, sich von Bloch zu distanzieren, wurden gemaßregelt. Georg Lukacs, der sich anlässlich des Aufstandes in Ungarn auf die Seite der Aufbegehrenden geschlagen hatte und in die neue Regierung Nagy eingetreten war, wurde nun als Revisionist „entlarvt“.

Ein Vorwurf, den die ideologischen Wächter der SED Lukacs machten, betraf ein als besonders verwerflich angesehenes „Vergehen“, das auch in den folgenden Jahren scharf bekämpft wurde (auch „prophylaktisch“), nämlich die „ideologische Koexistenz“. Gemeint war mit diesem Schlagwort, daß der jeweils zu kritisierende und zu entlarvende Autor es an ideologischer Wachsamkeit fehlen lasse, indem er das friedliche Nebeneinanderbestehen unvereinbarer ideologischer Positionen zulasse, nämlich den marxistisch-leninistischen Standpunkt auf der einen Seite und den „bürgerlichen“ oder sozialdemokratischen auf der anderen.

Aus den Beispielen, wie mit Urhebern neuer und kritischer Meinungen umgegangen wurde, läßt sich bereits ablesen, daß es zu keiner echten Entstalinisierung in der DDR kam. Die Auseinandersetzung mit der „imperialistischen Ideologie“ wurde vielmehr verschärft. Zu jener Zeit richtete sie sich auch

gegen äußere Symbole westlichen Einflusses (modische Artikel in der Kleidung, z. B. Jeans, als „Nietenhosen“ bezeichnet und verpönt, Jazz, westliche Tanzmusik, insbesondere Rock). Die „Arbeiterkultur“ wurde propagiert („Arbeiterähnlichkeit“ als kulturelles Ziel, s. hierzu Meuschel 1992), Produktionsstücke wurden in Theatern aufgeführt und in den Schulen behandelt, stießen jedoch auf allgemeines Desinteresse oder sogar auf Ablehnung. Die Arbeiter wurden von der SED aufgefordert, selbst zur Feder zu greifen und ihren Alltag künstlerisch zu schildern. Der berühmte „Bitterfelder Weg“ wurde 1959 von der SED propagiert.

1958 fand der V. Parteitag der SED statt, auf dem die „Vollendung des sozialistischen Aufbaus“ von Ulbricht als Ziel verkündet wurde. Da sich die SED-Führung darüber im klaren war, daß nicht nur politische Umstände, sondern auch die Unterschiede im Lebensstandard zwischen der BRD und der DDR für die Massenflucht in den Westen verantwortlich waren, forderte sie stärkere ökonomische Anstrengungen, um die Diskrepanzen auf diesem Gebiet zu beseitigen. Allen Ernstes setzte sie auf dem V. Parteitag das Ziel, den Pro-Kopf-Verbrauch der Bundesrepublik an Nahrungsmitteln und den wichtigsten industriellen Konsumgütern in wenigen Jahren zu überschreiten. Bis zuletzt galt in der DDR die von der SED propagierte Haltung, Ziele und vor allem die Initiatoren von Zielstellungen seien moralisch umso höher zu bewerten, je höher die Zielvorgabe sei. In dieser Haltung drückt sich die voluntaristische Neigung des praktizierten Marxismus-Leninismus aus, bei gehöriger Anstrengung und „Bewußtheit“ („subjektiver Faktor“) könne alles erreicht werden, wenn man nur wolle und genügend Leute mobilisiere.

Auch zur ideologisch-moralischen Festigung versuchte die SED auf dem V. Parteitag und in den ihm folgenden Propagandafeldzügen und Schulungen beizutragen. Ulbricht verkündete auf jenem Parteitag die „Zehn Gebote der sozialistischen Moral“, die nicht nur nach ihrer Anzahl, sondern auch in ihrer Diktion den weltanschaulichen Anspruch deutlich dokumentieren.

#### 5.4. *Der Mauerbau 1961 und vorübergehende Versuche wirtschaftlicher und sozialer Reformen*

Der Bau der Mauer ab dem 13. 8. 1961 hatte natürlich auch Auswirkungen auf den „ideologischen Klassenkampf“. Unmittelbar nach Errichtung des „antifaschistischen Schutzwalles“ nahmen sowohl die unmittelbare Drangsalierung der Bevölkerung als auch die sich auf den Marxismus-Leninismus berufende geistige Bevormundung zu.

Auf ideologischem Gebiet kam es in anbetracht der gespannten Lage zu weiteren Verhärtungen. Offenbar glaubte die SED-Führung, durch den Bau der Mauer die Bevölkerung nun nicht nur physisch, sondern auch geistig vollständig in ihrer Macht zu haben. Es kam zur Abschottung gegen westliche

Druckerzeugnisse (Zeitungen, Belletristik, Kalender, auch Fachliteratur), die im Unterschied zur Aufhebung des Westfernseh-Verbots bis zur Öffnung der Mauer 1989 anhielt.

Allerdings gab es in den folgenden Jahren (etwa 1964 bis 1967) sowohl in der Wirtschaft als auch in der Wissenschaft Ansätze zu Reformen. Während sich die Künstler und Schriftsteller durch das berüchtigte 11. Plenum (1965) in ihren Bemühungen um künstlerische und politische Freiheiten eingeschränkt und auf frühere Stufen des Dogmatismus zurückgeworfen sahen, schaute es in den Natur- und Gesellschaftswissenschaften (ausgenommen Kunst- und Literaturwissenschaft) zu jener Zeit günstiger aus. Es gab erste von der Partei unterstützte Schritte, die Soziologie als Wissenschaft zu etablieren, offenbar von der durch die SED-Spitze erkannten Notwendigkeit befördert, auf empirische Daten zu gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen zurückgreifen zu müssen, um politische Ziele erreichen zu können. Erstmals wurde in der DDR empirische soziologische Forschung ermöglicht und propagiert. Dies lief unter der Überschrift „konkrete Sozialforschung“ ab. Die Ergebnisse wurden damals überwiegend auch publiziert, so vor allem in der Zeitschrift „Jugendforschung“. Sie war nach Errichtung des Zentralinstituts für Jugendforschung gegründet und später wieder, nachdem empirische Daten nicht mehr veröffentlicht werden durften, eingestellt worden. Der wissenschaftliche Austausch mit dem Westen war noch nicht vollständig unterbunden, er war, wenn auch kontrolliert, zumindest auf schriftlichem Wege möglich.

Die empirische Sozialforschung konnte sich nicht ohne Widerstände durchsetzen. Immer wieder gab es Fragen und Kritik von „Kaderphilosophen“, wie es denn mit dem Verhältnis von historischem Materialismus und „konkreter Sozialforschung“ (später „marxistisch-leninistische Soziologie“) bestellt sei, ob es neben dem historischen Materialismus eine andere marxistisch-leninistische Gesellschaftstheorie geben könne.

Andere wissenschaftliche Disziplinen, die im Westen längst die Diskussion über Forschungskonzeptionen beeinflussten, wie die Informatik und die Kybernetik, wurden zu jener Zeit in der DDR noch mit kritischer Distanz betrachtet, wenn nicht sogar (wie früher auch die Soziologie) als „bürgerlich“ apostrophiert. Die Kybernetik setzte sich als wissenschaftliche Disziplin erst Ende der sechziger Jahre durch, wesentlich gefördert durch den der Partei ergebenen Philosophen Georg Klaus.

Diese Darstellungen sollen zeigen, daß von einer einigermaßen kontinuierlichen Entwicklung des Marxismus-Leninismus oder des Einflusses marxistisch-leninistischer Ideen auf die wissenschaftliche Entwicklung in der DDR nicht die Rede sein kann. Der Verlauf ideologischer Beeinflussungen dessen, was erlaubt, erwünscht, verpönt oder verboten war, war nicht nur im höchsten Maße widersprüchlich, sondern gleichzeitig sprunghaft, oft unvorhersehbar

und für die entsprechenden Wissenschaftler nicht selten mit unangenehmen persönlichen Konsequenzen verbunden. Sie konnten nie sicher sein, irgendwann, und zwar „plötzlich und unerwartet“, der Verfolgung einer „bürgerlichen“ Disziplin, Richtung oder Theorie beschuldigt zu werden. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen der Marxismus-Leninismus und seine Vertreter (die Professoren und Mitarbeiter an den ML- und Philosophie-Sektionen in den Universitäten und Akademieeinrichtungen) als ideologische Richter über andere wissenschaftliche Disziplinen, im Terminus der Partei die sog. Einzelwissenschaften. Disziplinen, die zu bestimmten Zeiten generell in den Ruf „bürgerlicher“ Provenienz kamen, waren die Kybernetik (s. oben), die Informatik, die Sozialpsychologie, die Ethologie, die Genetik, die Soziologie. Meistens mußten die Vertreter dieser Wissenschaften dann, wenn sie bestehen bleiben wollten, das Attribut „marxistisch-leninistisch“ vor ihrer Wissenschaft nennen, um sich auf diese Weise von „bürgerlichen“ Wissenschaftlern des gleichen Gebietes abzugrenzen.

### 5.5. *Das ideologisch bedeutsame Jahr 1968: Einmarsch in die CSSR, 3. Hochschulreform, neue Verfassung*

Etwa ab 1968 verschärfte sich die ideologische Situation unter den Gesellschaftswissenschaftlern wieder (s. auch Bierwisch 1992), die ideologischen Auseinandersetzungen nahmen zu, besonders zu Leitungsfragen. Die wissenschaftlichen Kontakte zum Westen, ohnehin meistens nur noch schriftlicher Natur, wurden weiter eingegrenzt, die ideologische Schulung der Wissenschaftler intensiviert (Einführung obligatorischer marxistisch-leninistischer Weiterbildung für Hochschullehrer an den Universitäten).

Die Zeit ab 1968 wird von westdeutschen Politikwissenschaftlern als Phase der Reformen und Experimente im Bereich der Leitung von Wirtschaft und Wissenschaft angesehen. Tatsächlich wurde damals eine neue wissenschaftliche Richtung kreiert, die „marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft“ (MLO). Es schien Ansätze zu einer Politikwissenschaft in der DDR zu geben (s. Weber 1971 b). Zusammen mit Anwendungen der Operationsforschung und der Kybernetik auch auf gesellschaftliche Probleme, insbesondere solche ökonomischer Natur, wollte die SED mit Hilfe der Wissenschaft endlich den schon lange ersehnten und propagierten qualitativen Sprung auf ökonomischem Gebiet und dadurch auch in den anderen gesellschaftlichen Bereichen schaffen („Wissenschaft als Produktivkraft“).

Es gab Komplikationen mit allen von der SED geplanten wissenschaftlich-technischen Neuerungen. Da die Funktionäre zuerst davon wußten und auch genauere Vorstellungen hatten, wo etwas „zu holen“ war, blieb jede „Reform“ der Wissenschaft in der DDR von Anfang an in den Händen von Laien, ja von wissenschaftlichen Abenteurern und Freibeutern. Die eigentlichen

Fachwissenschaftler auf dem betreffenden Gebiet – Ende der sechziger Jahre z. B. die Kybernetiker, die ihre Disziplin mehr oder weniger konspirativ betrieben hatten, um nicht in den Ruf zu gelangen, mit einer „bürgerlichen“ Wissenschaft befaßt zu sein – mußten zusehen, daß sie noch den Anschluß an den SED-Zeitgeist herstellen konnten.

In den Jahren 1968 und 1969 ging es in der DDR-Wissenschaft hoch her, wurden doch die Neuerungen in den sog. marxistisch-leninistischen Leitungswissenschaften und die kampagnenartige Unterstützung alles dessen, was sich als Kybernetik bezeichnete, durch eine großangelegte Maßnahme gefördert und ergänzt, die sog. 3. Hochschulreform. Diese im Westen damals wohl überwiegend positiv eingeschätzte Umstrukturierungsmaßnahme erwies sich für die daran Beteiligten und die Betroffenen als abenteuerliches Unterfangen großen Ausmaßes. Es war nicht nur die theoretische Seite des Marxismus-Leninismus, die zur Qualitätsverbesserung im wissenschaftlichen und technischen Bereich führen sollte, wie schon früher so oft. Diesmal wurde die Verbindung zur „Praxis“ in besonderem Maße forciert. Das geschah durch Umstrukturierung im Hochschul- und Akademiebereich nach territorialen Gesichtspunkten (Ausrichtung von Forschung und Lehre nach den Schwerpunkten von Großbetrieben) und nach Nutzenserwartungen, die die SED-Führung an die Kombination von verschiedenen Fächern hatte. Diese Veränderungen geschahen von „oben“ auf Parteiebene ohne Mitbestimmung der jeweiligen Wissenschaftler und Institutsdirektoren, ohne Sachkenntnis im Hinblick auf die Leistungsmöglichkeiten der einzelnen Disziplinen am jeweiligen Orte und ohne Berücksichtigung von Kommunikationsbeziehungen und -problemen zwischen den betreffenden wissenschaftlichen Instanzen. Ungewöhnlich schnell zeigte sich, daß sie im großen und ganzen ein Mißerfolg wurden. Zwar blieb die Strukturierung der Universitäten in Sektionen und ihre Orientierung auf den praktischen (wirtschaftlichen) Nutzen ihrer Tätigkeit im wesentlichen erhalten, viele der neu gegründeten oder umbenannten und umstrukturierten Sektionen wurden jedoch schon nach wenigen Monaten in die ursprünglich bestehenden Institute aufgelöst oder erneut umbenannt.

Auf dem VII. Parteitag (1967) wurde der Aufbau des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus verkündet, d. h. die These, nun in die höhere Phase der sozialistischen Gesellschaft einzutreten. Ulbricht verbreitete die These vom Sozialismus als einer relativ selbständigen Gesellschaftsformation. Der Kommunismus wurde in die ferne Zukunft verlegt. Es handelte sich hier um einen Ulbrichtschen Beitrag zur Anpassung der Ideologie an bestehende Verhältnisse, sozusagen um einen vorübergehenden Revisionismus der SED-Führung. Die anderen kommunistischen Parteien in den „sozialistischen Ländern“, insbesondere die KPdSU, schlossen sich dieser theoretischen Besonderheit nicht an, durch die Ulbricht so etwas wie einen geistigen Führungs- oder bescheidener: Mitwirkungsanspruch demonstrieren

wollte. Dieser ideologische Alleingang der SED-Spitze konnte aber auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden und verschwand mit dem VIII. Parteitag 1971 wieder.

Die neue Verfassung von 1968 erhob den Marxismus-Leninismus zur Gesellschafts- und Staatsdoktrin. Weltanschauliche Widersprüche und andere Auffassungen wurden in parallel verlaufenden Harmoniekampagnen verkleistert.

In den folgenden Jahren (zu Beginn der siebziger Jahre) wurde die Forcierung kybernetischer Einkleidungen und Analogien wieder zurückgenommen, die Kybernetik wurde teilweise wieder als bürgerliche Anleihe verpönt, Operationsforschung und „marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft“ gerieten unter ideologischen Beschuß, die „Leitungswissenschaften“ zeichneten sich durch ein hohes Maß an innerparteilichen Querelen und Konflikten aus, die oft unter der Fahne ideologischer Vorhaltungen und Vorwürfe geführt wurden. Es wurde nun Mode, in erfolgreicher „Leitungstätigkeit“ den Ausdruck persönlicher Qualitäten zu sehen, wohl im Widerspruch zur „marxistisch-leninistischen Persönlichkeitstheorie“. Gesucht wurde nach den Persönlichkeitseigenschaften eines „sozialistischen Leiters“ und analog dazu „sozialistischer Frauenpersönlichkeiten“, des „sozialistischen Studenten“, der „sozialistischen Sekretärin“ u.ä. Gleichzeitig wurde die „marxistisch-leninistische Durchdringung“ der einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen (auch der Naturwissenschaften) insbesondere an den Universitäten angemahnt und auch kontrolliert, was zu den bis zum Schluß (dem Ende der DDR) anhaltenden äußeren Anpassungen und Demonstrationen der marxistisch-leninistischen Ausgangsbasis und entsprechender Berücksichtigung der „Sowjetliteratur“ in den wissenschaftlichen Qualifikationsarbeiten, Veröffentlichungen (besonders in deren Einleitungen) und in den Literaturverzeichnissen führte.

### 5.6. *Ablösung Ulbrichts, Konflikte mit Künstlern Mitte der siebziger Jahre*

Mit der Ablösung Ulbrichts trat eine gewisse Versachlichung auf wissenschaftlichem und kulturellem Sektor ein, insbesondere die Hysterie der ideologischen Auseinandersetzungen im Leitungsbereich hörte auf. Die SED konnte aber mit gesellschaftlichen Konflikten nach wie vor nicht umgehen, wie sich vor allem ab Mitte der siebziger Jahre deutlich zeigte.

Ab dieser Zeit geriet die SED zunehmend unter Druck durch widerborstige Intellektuelle, die nun – bisher eine seltene Erscheinung – nicht nur an die Öffentlichkeit gingen, sondern sogar Solidarität untereinander übten. Vermutlich trug die Unterzeichnung der Vereinbarungen von Helsinki, die KSZE, durch die DDR-Führung zu dieser Entwicklung maßgeblich bei. Die Schlußakte von Helsinki wurde im August 1975 auch von der DDR-Regierung unterschrieben. Dies hatte zur Folge, daß sich nun auch Bürger

der DDR trauten, die in diesem Dokument anerkannten Rechte (öffentliche Meinungsäußerung, Ausreise) von ihrer Regierung zu fordern.

Nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 mit den von der SED-Führung unerwarteten Folgen (Proteste von Schriftstellern und anderen Künstlern) eskalierte die Verhärtung. Namhafte Schriftsteller und bekannte Schauspieler gingen in den Westen, weil sie aufgrund ihrer Biermann-Proteste in der DDR die bekannten „ideologischen Schwierigkeiten“ bekommen hatten. Die Ausgrenzungstaktik funktionierte nicht mehr so wie früher, es kamen immer mehr Nonkonformisten hinzu. Wissenschaftler und Funktionäre, wie Rudolf Bahro, der 1977 sein Buch „Die Alternative“ im Westen veröffentlichte und darauf ins Gefängnis gesperrt wurde, waren allerdings nur wenige darunter.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich Kritik und Protest an der Haltung der SED-Führung meist von „links“ her äußerte; wenn philosophische oder weltanschauliche Positionen eine Rolle spielten, ausdrücklich durch Berufung auf den Marxismus. Bahro konnte sich eine Erneuerung der DDR-Gesellschaft sogar nur innerhalb der SED vorstellen. Studenten und Assistenten an den Universitäten diskutierten in kleinen Gruppen in privaten Räumen zu weltanschaulichen und philosophischen Problemen auf der Basis „linker“ Erneuerung. Neben Bahro standen auch marxistische Autoren aus den „sozialistischen Bruderländern“ zur Debatte. Es ist bezeichnend und für die Ideologie-Auffassung der SED-Führung geradezu entlarvend, daß solche Diskussionen marxistischer Positionen im kleinen, privaten Kreise die Aufmerksamkeit der Staatssicherheit auf sich zogen, wie jetzt die Beteiligten aus ihren „Stasi-Akten“ erkennen. Im übrigen galten „revisionistische“ Vertreter marxistischer Herkunft aus den anderen sozialistischen Ländern stets als besonders große ideologische Gefahr, wie in der Vergangenheit die Auseinandersetzungen in der Nachfolge von Lukacs, Kolakowski, Schaff, um die sog. Praxisgruppe in Zagreb u. a. gezeigt hatten.

### 5.7. *Die ideologische Hilflosigkeit der SED in den achtziger Jahren*

Die ideologischen Probleme blieben. Sobald die „Biermann-Affäre“ mit ihren weitreichenden Folgen einigermaßen in den Hintergrund gedrängt worden war, begann es wieder in Polen zu brodeln. Den Schwerpunkt bildete dort der Kampf um die Anerkennung der Gewerkschaft „Solidarnosc“ (1980). Nun galt es für die ideologischen Aufpasser in der DDR, geistige Einflüsse aus Polen zu verhindern.

In den folgenden Jahren fanden einige ideologisch aufgebauschte historische Höhepunkte in Form von Gedenkjahren mit entsprechenden Veranstaltungen statt. 1983 wurde sowohl das „Karl-Marx-Jahr“ als auch das „Luther-Jahr“ begangen. Die Besinnung auf geschichtliche Hintergründe fand durch die „Rehabilitierung“ Friedrichs II. (durch Aufstellen von bisher versteckten



Denkmälern) und Bismarcks (durch entsprechende Veröffentlichungen) bemerkenswerte Fortsetzungen. Durch die Einbindung historischer Zusammenhänge in das bislang recht lückenhafte und einseitige Geschichtsbild sollten die Identifizierungsmöglichkeiten mit der deutschen Tradition erleichtert werden, wie die Diskussion um „Tradition und Erbe“ zeigte.

Auf dem Gebiet der Philosophie gab es 1985 zwei hundertste Geburtstage, den von Bloch und den von Lukacs. Beiden wurde von Seiten der DDR-Philosophen anlässlich wissenschaftlicher Veranstaltungen gedacht. Zu einer Auseinandersetzung mit der Ausgrenzung dieser Autoren und der ideologischen Vernichtung ihrer Werke konnte sich die DDR jedoch nicht durchringen. So war es nicht nur dieselbe Partei, die sowohl für frühere Entgleisungen im „ideologischen Klassenkampf“ als auch für die Ausrichtung der Gedächtniskolloquien verantwortlich zeichnete, sondern z.T. sogar dieselben Personen, die früher Lukacs und Bloch scharf angegriffen hatten und nun diese Autoren würdigende Beiträge hielten.

Durch die kontinuierliche Abgrenzung nach Westen, die auch auf ideologischem Gebiet nach wie vor strikt betrieben wurde, gab es nur wenige andere von der Partei ausdrücklich gebilligte bzw. empfohlene Möglichkeiten, sich an größeren sozialen Zusammenhängen zu orientieren. Dies waren die Ausrichtung auf fast allen Gebieten (wirtschaftlich, militärisch, ideologisch, wissenschaftlich, kulturell) auf die Sowjetunion („unverbrüchliche Freundschaft“), die selektive Orientierung auf einige geschichtliche Hintergründe der Arbeiterbewegung, der ständige Hinweis auf „die Solidarität mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten“ in der Welt sowie besonders mit den „Befreiungsbewegungen der dritten Welt“. Da die Solidarität mit der dritten Welt, abgesehen von Geldspenden, für die meisten nur aus der Ferne stattfand, blieben nur die anderen beiden Angebote zur sozialen Identifizierung, nämlich die Sowjetunion und die eigene, mehr oder weniger verfälschte, Geschichte.

Mit der wichtigsten sozialen Orientierungsmöglichkeit sollte die SED unverhoffte Schwierigkeiten bekommen. Nach dem Machtantritt Gorbatschows 1985 in der Sowjetunion und der sich alsbald ankündigenden Politik von „Glasnost“ und „Perestroika“ ergab sich für die SED-Führung der Konflikt, ob sie der ideologischen und gesellschaftlichen Lockerung in der Sowjetunion folgen werde oder auf ihren alten Positionen beharren wolle. Die SED-Parteibürokratie entschied sich für den zweiten Weg.

Bei Berufung auf den Marxismus-Leninismus kam es in der Sowjetunion und in der DDR zu unterschiedlichen, von der jeweiligen Parteispitze gesteuerten Entwicklungen. 1986 fand sowohl ein Parteitag der KPdSU (der XXVII.) als auch der SED (der XI.) statt. Erstmals wartete die SED-Führung nicht ab, was ihre „Bruderpartei“ in der Sowjetunion beschließen würde, sondern veranstaltete ihren Parteitag kurz vor dem der KPdSU. Offensichtlich meinte sie, im geistigen Besitz des „wahren“ Marxismus-

Leninismus zu sein und das Siegen nicht weiterhin von der Sowjetunion lernen zu müssen. Die Unzufriedenheit über diese Entwicklung erfaßte auch viele SED-Mitglieder, die sich ebenso wie große Teile der Bevölkerung der DDR, vom Gorbatschowschen Reformkurs eine Verbesserung des geistigen Klimas und spürbare Erleichterungen (z. B. beim Reisen) erhofften. Als politisch und gesellschaftlich problematisch erwies sich die Tatsache, daß sich in der DDR aufgrund des allgegenwärtigen Kontroll- und Überwachungsapparates und entsprechender Gesetze von der SED-Führung abweichende Meinungen in der Öffentlichkeit nicht artikulieren durften. Die einzige Institution, in der die Voraussetzungen für einigermaßen gefahrlos ablaufende Zusammenkünfte gegeben waren, war die Kirche.

Die vom Politbüro deklarierte DDR-Identität ohne Berufung auf sowjetische oder andere befreundete sozialistische Hintergründe („Sozialismus in den Farben der DDR“) war als selbst verschuldete ideologische Notlösung leicht zu durchschauen. Sie wurde vom überwiegenden Teil der Bevölkerung abgelehnt, zumal sie auch noch durch Verbote in sowjetischer Richtung begleitet wurde. Ende 1988 erfolgte das berüchtigte Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ („Streichung aus der Postzeitungsliste“) sowie sowjetischer Filme. Nach langen Diskussionen kam das umstrittene SED-SPD-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ zustande (1987). Darin gab die SED-Führung erstmals öffentlich ihren Anspruch auf, die allein richtige Auffassung über die gesellschaftliche Entwicklung zu haben. Zwar blieb offen, ob die Dogmatiker im Politbüro den mit der SPD ausgehandelten ideologischen Kompromissen auch im praktischen Handeln folgen würden oder ob sie nur verbale Zugeständnisse gemacht hatten, um wieder „Luft zu bekommen“. Immerhin hatten sie einer „ideologischen Koexistenz“ mit Sozialdemokraten zugestimmt, die sie in früheren Jahren besonders vehement bekämpft hatten (Stichwort „Sozialdemokratismus“).

Mit der Öffnung der Grenzen für DDR-Flüchtlinge in Ungarn und dem Erstarken der Bürgerbewegungen in der DDR wurde eine von der SED viel zitierte These zur Wirklichkeit. Die Idee, daß es nicht so weitergehen könne, ergriff die Massen und wurde zur „materiellen Gewalt“.

### *Literatur*

- Bierwisch, M.: Grammatikforschung in der DDR: auch ein Rückblick. In: Merkur 46 (1992) 497–505.
- Eagleton, T.: Ideologie. Stuttgart, Weimar: J. B. Metzler 1993.
- Fetscher, I.: Von Marx zur Sowjetideologie. Frankfurt a.M.: Moritz Diesterweg 17. Aufl. 1972.
- Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Berlin: Dietz 1960.
- Kapferer, N.: Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945–1988. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1990.

- Klaus, G., Buhr, M. (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch. Leipzig: Bibliographisches Institut 1964.
- Kolakowski, L.: Die Hauptströmungen des Marxismus. Band I bis III. München, Zürich: Piper 1978.
- Leonhard, W.: Die Dreispaltung des Marxismus. Düsseldorf 1970.
- Leonhard, W.: Die Etablierung des Marxismus-Leninismus in der SBZ/DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament/B 40/94, 1994.
- Marx, K., Engels, F.: Einleitung zur „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie.“ In: I. Fetscher (Hrsg.): Marx-Engels-Studienausgabe, Bd. I. Frankfurt a.M. 1966.
- Meuschel, S.: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1992.
- Popper, K. R.: Das Elend des Historizismus. Tübingen: Mohr 1965.
- Popper, K. R.: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. München: Francke 6. Aufl. 1980.
- Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974. Berlin: Staatsverlag der DDR 8. Aufl. 1989.
- Weber, H.: Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946–1971. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen 1971 (a).
- Weber, H.: Ansätze einer Politikwissenschaft in der DDR. Einleitung. In: Mannheimer Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 3, S. 7 ff. Düsseldorf: Droste 1971 (b).
- Weber, H.: DDR. Grundriß der Geschichte 1945–1990. Hannover: Fackelträger überarb. Aufl. 1991.
- Weber, H.: Die Instrumentalisierung des Marxismus-Leninismus. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung. S. 161–170. Berlin: Akademie Verlag 1993.

### *Zusammenfassung*

Zur Funktion des Marxismus-Leninismus im DDR-Regime ist Wolfgang Leonhard (1994) voll zuzustimmen, der schrieb: „Es ging der DDR-Führung nicht in erster Linie um die Propagierung einer Gesellschaftstheorie zur Errichtung einer zukünftigen klassenlosen kommunistischen Gesellschaft, zur Befreiung der Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung – die Ideologie diente vielmehr der Legitimierung des bürokratisch-diktatorischen Regimes:

1. Die in der DDR verbreitete marxistisch-leninistische Ideologie sollte den Unterdrückungscharakter des Regimes verschleiern. Durch ideologische Begriffe – wie den im Juli 1952 eingeführten „Aufbau des Sozialismus“ (später „realer Sozialismus“, „sozialistische Demokratie“ und „sozialistischer Humanismus“) – sollte der Unterdrückungscharakter verdeckt werden.
2. Mit der Behauptung, der Marxismus-Leninismus sei eine „wissenschaftliche Theorie“, versuchte die SED-Führung von den schwierigen ökonomischen Bedingungen, den ökonomisch-politischen Rückschlägen abzulenken und ihre Auswirkungen im Denken der Menschen und dem Verhalten der Funktionäre und Mitglieder der SED zu verringern. Der Marxismus-Leninismus hatte die Aufgabe, Beschlüsse der SED-Führung, die meist aus praktischer Notwendigkeit erfolgten, nachträglich zu begründen und

zu rechtfertigen, um den Eindruck zu erwecken, die SED-Führung betreibe eine „wissenschaftliche Politik“.

Der Marxismus-Leninismus diente der SED als Legitimierungsinstrument mit allen funktionalen Vorteilen einer Ideologie: sinnstiftende und orientierende Funktion einer „geschlossenen Weltanschauung“, Förderung der Identifizierung mit einer Gruppe, die das gleiche Wertesystem hat, Handlungsanleitung in unsicheren und widersprüchlichen politischen Situationen. Seine Charakteristiken waren für die SED-Spitze die „führende Rolle der Partei“, die Betonung von „Klassenbewußtsein“ und „Klasseninteresse“, ein mechanistisches, im wesentlichen auf äußere Einflüsse reduziertes Menschenbild mit der Vorstellung, „sozialistische Persönlichkeiten“ „formen“ zu können, voluntaristische Übertreibungen (Appelle an das „sozialistische Bewußtsein“ und den „subjektiven Faktor“), die ideologische Unterwerfung unter und Anlehnung an die KPdSU (bis 1985). Entscheidend war die Kernthese der Ideologie: „Die Partei hat immer recht“, der Anspruch auf das Wahrheitsmonopol. Der Marxismus-Leninismus als Ideologie wurde auf diesem Hintergrund als Grundlage für die Parteiführung entwertet. Letztere erwies sich zunehmend als konzeptionslos und beschränkte sich auf das Kampagnenwesen.

Erste ideologische Auseinandersetzungen gab es in der SBZ schon 1947/48. Ab 1951 wurde der Marxismus-Leninismus verstärkt propagiert. Auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 wurde unnachgiebig mit Kritikern aus den eigenen Reihen umgegangen. Reformversuche in den sechziger Jahren, die sich auch in den Gesellschaftswissenschaften auswirkten, sind später wieder zurückgenommen oder eingeschränkt worden. Mitte der siebziger Jahre standen Konflikte mit Künstlern und Schriftstellern bei den ideologischen Auseinandersetzungen im Mittelpunkt. Die Bekämpfung der Auswirkungen Gorbatschowscher Reformpolitik in der DDR durch die SED-Führung brachte die Bevölkerung einschließlich vieler Parteimitglieder gegen die Herrschenden auf und beförderte den Sturz des SED-Regimes.